

Pachten auch für die Vereine

Zum Leserbrief «Unfaire Attacke auf die Verwaltung», Ausgabe vom 23. März
Hat es Urs Meier, Vizepräsident des Fischereiverbands des Kantons Zürich (FKZ), schon vergessen? Sein eigener Verband hatte im Frühling 2006 an der Delegiertenversammlung in Männedorf im Beisein von Gemeindepräsidentin Heidi Kempin mit einem Ja-Anteil von 80 Prozent beschlossen, dass Vereine ab 2010 ebenfalls pachtfähig sein sollen! Der entsprechende Antrag wurde der Fischerei- und Jagdverwaltung des Kantons Zürich im April 2006 überreicht. Offensichtlich ist aber der neue Vorstand, welcher seit 2007 im Amt ist, nicht gewillt, den Interessen der Vereine nachzukommen und den Beschluss der Delegierten auch wirklich umzusetzen. Auch die Tatsache, dass der Rechtsanwalt, der die Gerichtsurteile des Verwaltungsgerichtes ausgelöst hat, ebenfalls als Anwalt des Fischereiverbandes des Kantons Zürich amtiert, befremdet. Der Vorstand des FKZ sollte die Interessen der Fischereivereine vertreten und nicht diejenigen der privaten Pächter.

Dass nun die IG DNF (Interessengemeinschaft «Dä Neu Fischer») über den politischen Weg versucht, dass Vereine endlich – wie in anderen Kantonen auch – an die Fischpachten kommen können, ist angesichts des Verhaltens des FKZ verständlich und übrigens auch ihr gutes demokratisches Recht. Das am 21. März eingereichte Postulat, unterzeichnet von den Fraktionen der CVP, der GLP und der SP, für eine Fischerei-Pachtvergabe auch an Vereine ist im Kantonsrat mit 92 Stimmen dringlich erklärt worden.

Es ist an der Zeit, dass mit der Jugendförderung auch im Fischereibereich ernst gemacht wird. Damit auch Vereine, die unentgeltlich gute Jugendarbeit leisten und mit ihren Mitgliederbeiträgen ökologische Projekte finanzieren, Fischereireviere pachten können.

Jürg Schädler, Gründungsmitglied IG «Dä Neu Fischer», Langnau am Albis

Die Belohnung von Betrug

Die Fernsehsendung «Traders» auf SF 1 ist für mich jedesmal eine Enttäuschung. Gutgläubige Spieler verlieren dabei ihr gewonnenes Geld mit einem Schlag, während der sogenannte «Betrüger» davonkommt. Laut Lexikon bedeutet «Trader» Wertpapierhändler. Letztes Jahr kamen ganze Nationen durch Banken in eine schwere Finanzkrise. Auch in der Schweiz haben wir diese Krise zu spüren bekommen. Der Staat musste das durch rücksichtslose Manager verursachte Defizit durch den Kauf entworfener Papiere abwenden. Die Wertpapierhändler machten ihre rücksichtslosen Geschäfte auf Kosten gutgläubiger Kunden. Ihre Gewissenlosigkeit, sich zu bereichern, kannte keine Grenzen.

In der Sendung «Traders» wird die gewinnbringende Rücksichtslosigkeit, die Lüge und damit der Betrug beschönigt und mit Geld belohnt. Glaubt ein Spieler den Aussagen seines gewählten Gegenübers, dass er die gestellte Frage beantworten kann, geht er das Risiko der Wahrheit oder Lüge ein. Bei einer Lüge verliert der Spieler sein ganzes Geld, der Betrüger aber geht mit dem ausgehandelten Geldbetrag davon. Öffentlich wird damit ein betrügerisches Verhalten gutgeheissen. Gibt es wirklich keine Ideen, so ein Gewinnspiel auf faire Weise zu gestalten? Vorschlag einer Abänderung: Wer den Spieler durch falsche Glaubwürdigkeit betrügt, muss sein ausgehandeltes Geld an den Spieler zurückzahlen.

Beatrix Remensberger, Ürikon



Wer die politische Debatte um die Atomkraft in der Schweiz als Hysterie abtue, verschliesse die Augen vor dem Gefahrenpotenzial, meint «ZSZ»-Leser Walter Regli. Blick über den Rhein auf den Kühlturm des Kernkraftwerks Leibstadt. Bild: key

Maurers unrealistische Strategie

Bundesrat Ueli Maurer findet, in der Schweiz herrsche eine gewisse Atomhysterie. Aber glücklicherweise wird das Volk von dieser neurotischen Störung nach seiner Einschätzung sehr schnell wieder geheilt sein und sich wieder realen Gefahren wie Minaretten und Burkas zuwenden können: «Schon in einem halben Jahr wird man die Frage wieder nüchterner beurteilen.» Vielleicht hört man dann auch auf die Analyse von Maurers Parteikollegin Yvette Estermann, die der Zeitung «Sonntag» sagte: «Wissen Sie, dass ein wenig Radioaktivität gesund ist? Es gibt sogar einen Kurort in Tschechien, wo Radon-Behandlungen angeboten werden.» Es wird interessant zu beobachten sein, ob sich unsere Atomlobby und Schweiz Tourismus bald zu einem Joint Venture finden werden.

Das Gespür fürs Atom ist eine delicate Angelegenheit. Bevor man etwas spürt, kann es nämlich zu spät sein. Dank der Schweizer Armee nehme ich für mich in Anspruch, dazu etwas sagen zu können. In meinem Dienstbüchlein steht: besondere Ausbildung A-Spürer. Den Kurs besuchte ich im WK 1977 als Gebirgsfüsilier.

Was beinhaltet die Funktion des A-Spürers? Er wartet ab, bis der Blitz, der Knall, die Druckwelle vorbei ist, lässt danach einige Zeit verstreichen, bis die Strahlung abklingt, und geht dann geschützt mit Handschuhen, Pelarine und Gasmaske hinaus und misst mit dem Geigerzähler, ob die Truppe ihre Unterstände verlassen und den Kampf wieder aufnehmen kann. Man sagte uns fairerweise, dass dieser Einsatz nicht ungefährlich wäre, beispielsweise könnte die Zeu-

gungskraft durch die Bestrahlung leiden. Zum Glück musste ich keinen ernsthaften Einsatz leisten und wurde Vater von drei gesunden Kindern. Aber jetzt geht es ja um die friedliche Nutzung der Atomenergie, an der ich anfangs auch keine grossen Zweifel hatte und den Experten Glauben schenkte. Beispielsweise, dass ein Super-Gau nicht einmal alle hundert Jahre eintreffen könnte. Trotz Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima, bitte keine Hysterie, wir leben ja nicht nur im Land mit der besten Armee der Welt, wir haben auch die sichersten Atomkraftwerke!

Glaubt Ueli Maurer wirklich, dass seine Strategie realistisch ist? Rückzug in den Schutzraum, in einem halben Jahr den Unterstand verlassen und weiter voll auf Atomkraft setzen?
Walter Regli, Lachen

Wahlkampfgetöse ohne Grundlage

Zum Leserbrief «So leidet der Spitalstandort Zürich», Ausgabe vom 29. März

Dass sich Kantonsratskollegin Theres Weber in den letzten Tagen vor der Wahl profilieren will, verstehe ich gut – auch ich habe in den vergangenen Jahren manchen Wahlkampf bestritten. Doch Wahlkampf darf kein Freibrief sein für haltlose Vorwürfe. Der von ihr gezeigte Zukunfts- und Stützungsfonds soll dafür sorgen, dass zwingende Leistungen des Kantons zur Sicherung einer hochwertigen und zeitgemässen Grundversorgung nicht

von einem Tag auf den anderen auf die Steuerzahler abgewälzt werden.

Bisher wurden nämlich die Gewinne der Listenspitäler aus der Behandlung von Privatpatienten vollständig vom Staat abgeschöpft. Das neue Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG) beseitigt diesen Missstand. Unser Gesundheitsdirektor Regierungsrat Thomas Heiniger sorgt damit für mehr Markt und Transparenz im Gesundheitswesen. Damit die Mindereinnahmen des Kantons nicht einfach über höhere Steuern gedeckt werden müssen – ein Vorgehen, das

die SVP zu recht immer kritisiert –, schlägt er vor, dass die Spitäler auch in Zukunft ihren Beitrag an das Gesundheitswesen leisten sollen, und zwar über eine gegenüber heute deutlich reduzierte Abgabe auf den Erträgen aus der Behandlung von Privatpatienten in eben diesen Fonds. Das ist vorausblickende, verantwortungsbewusste Politik, wie ich sie von unserem Regierungsrat erwarte – und wie sie eigentlich gerade auch von meiner Ratskollegin aus der SVP unterstützt werden sollte.

Gaston Guex, Zumikon, Kantonsrat FDP

Weg von der Kernkraft

Martin Graf, grüner Kandidat für den Zürcher Regierungsrat, muss sich längst mit der sogenannten Mitte befassen. Seinen Realitätssinn stellt er täglich als Stadtpräsident von Illnau-Effretikon unter Beweis.

Natürlich sind die Grünen in der sozialen Frage nahe bei der Sozialdemokratie. Das ist auch nötig. Aber Sachzwänge wollen wir nicht negieren. So ist mir als Grüner längst klar: Wir müssen Hand bieten zu einem Endlager für radioaktive Strahlung. Das ist auch ein Grund, weshalb wir schnellstmöglich weg von der Kernkraft müssen.

Daniel Schneider, Herrliberg

Zeitungen driften nach links

Vor einigen Tagen hat ein Leserbriefschreiber die «Zürichsee-Zeitung» als linkslastiger empfunden. Auch ich meine, dass die «ZSZ» in letzter Zeit immer mehr ins linke Lager driftet.

Dies ist keine Überraschung, konnte doch erwartet werden, nachdem Tamedia die Zeitung übernommen hat. Auch beim «Tages-Anzeiger» steht das «unabhängig» nur noch auf der Frontseite, sozusagen als Andenken an die gute alte Zeit. Insbesondere auch im «Magazin», wo uns mit erhobenem Zeigefinger und vermeintlich besserem Wissen der Marsch geblasen werden soll.

Dieter Brunner, Künsnacht

Milliarden liegen auf der Strasse

Zu «Perrondach als Energielieferant», Ausgabe vom 19. März

Der Artikel über ein Perrondach als Energielieferant ist sehr aufschlussreich. Es ist nur schade, dass die jährlichen ins Netz abgegebenen Kilowattstunden (kWh) und die Orientierung der Kollektoren (Ost-West-Richtung und Elevation) fehlen.

Die abgegebenen kWh pro Jahr würden zeigen, was die Anlage liefert und wie viel Strom verkauft werden kann, während die Orientierung zeigt, ob die Anlage in Bezug auf Sonneneinstrahlung richtig liegt, was in diesem Fall zu bezweifeln ist, da ein Perrondach relativ zur Sonneneinstrahlung selten optimal liegt.

Das sind zwar technische Details, und über diese setzten sich gewisse Kreise leicht hinweg. Es wird nicht realisiert, dass ein Jahr 8760 Stunden hat und dass davon nur 1740 Sonnenstunden in Zürich herrschen (20 Prozent Ausnützungsgrad, schlecht, aber gut genug als Aufhänger für Subventionen). Verwunderlich ist, dass die «ZSZ» in diesem Artikel den Mut hat zu sagen, dass die Perrondachenergie (Solar) mit 1 Franken pro kWh subventioniert werden muss, damit sie «rentiert». Für den Haushalt bezahlen wir etwa 25 Rappen pro kWh. Konventionelle Kraftwerke, darunter fallen auch die Atomkraftwerke, liefern Strom für etwa 10 Rappen pro kWh. 10 Rappen oder 1 Franken und mehr, das ist der Unterschied, der unsere Industrie aus dem Rennen wirft.

Die Frage ist: Kann unsere Industrie das bezahlen? Nein, kann sie nicht. Sie müsste, um weiter zu bestehen, samt Maschinen nach China dislozieren. Die Chinesen sind gelehrt, und wir wären dort sicher willkommen. Schade nur, dass unsere Fachleute hier bleiben müssten. Kostengünstige Alternativenergien sind dringend nötig, leider sind keine in Sicht. Hier liegen aber für gescheite Menschen Milliarden auf der Strasse. Warum hebt sie niemand auf?

Peter Reusser, Meilen

Besonnenheit ist gefragt

Während die meisten Politiker und Parteien der Atomhysterie erlegen sind, gibt es noch löbliche Ausnahmen. Der Zürcher Baudirektor Markus Kägi gehört dazu. Er lässt sich von der Hysterie nicht anstecken. Es ist erstaunlich und unverständlich, dass in solchen turbulenten Zeiten pragmatische Politiker wie Markus Kägi nicht mehr zu Wort kommen. Der Zürcher Baudirektor bleibt sachlich und lösungsorientiert, so wie er das in den letzten vier Jahren vorgelebt hat. Kompetente und mit Pragmatismus auftretende Regierungsräte wie ihn braucht unser Kanton.

Jakob Grimm, Oetwil am See

Anzeige

322491

Ich wähle
Markus Kägi
und
Ernst Stocker
in den
Regierungsrat ...



... weil sie sich für pragmatische Lösungen einsetzen, welche für Gewerbe, Wirtschaft, aber gerade auch für die Menschen im Kanton Zürich zum Vorteil sind. ”

Jakob Grimm, Oetwil am See